



Projektland: Argentinien

**Quartal/Jahr: Juli bis September
2010**

Schlagzeilen:

Macri: Politischer Prozess wegen illegaler Abhörmanöver

“Politikbarometer 2011”: eine lange Kandidatenliste

Medienkonflikte: Pressefreiheit in Gefahr?

Spannungen in argentinisch-chilenischen Beziehungen

Argentinien übernimmt G-77 Vorsitz

Weltmarkt begünstigt Getreide und Ölsaaten

Innenpolitik

Mauricio Macri: Politischer Prozess wegen illegaler Abhörmanöver

Die Auswirkungen des Abhörskandals auf die geplante Präsidentschaftskandidatur des Bürgermeisters von Buenos Aires, Mauricio Macri, bleiben weiterhin unklar. Durch den gegen ihn eingeleiteten Gerichtsprozess sowie den parlamentarischen Untersuchungsausschuss bleiben die Fronten zwischen der Regierung und der PRO-Partei weiter verhärtet.

Die Neutralität des Bundesrichters Norberto Oyarbide und der drei Berufungsrichter, die als Kirchneristen gelten, könnte durchaus angezweifelt werden. Macri betonte in seinen Anhörungen, sich der „politischen Intrige Néstor Kirchners getarnt als Gerichtsprozess“ nicht unterwerfen zu wollen. Der von Macri ernannte Hauptstadtpolizeichef, Jorge Palacios, sowie der Hauptverdächtige der Abhörungen, der „Spion“ Ciro James, sitzen mittlerweile in Untersuchungshaft. Gegen die von ihren Ämtern enthobenen Richter, die die Abhörung der Anrufe freigegeben hatten, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Der Beliebtheitsgrad des Bürgermeisters dürfte bei einem positiven Ausgang der Affäre steigen. Da sich das Urteil voraussichtlich bis zu mehreren Jahren hinziehen dürfte, könnten jedoch die Chancen Macris auf eine Präsidentschaftskandidatur sowie die Bildung potentieller Allianzen gefährdet sein. Die aktuellen Umfragewerte der Zustimmung für den Bürgermeister fallen derzeit jedoch noch positiver als die für Néstor Kirchner aus.

“Politikbarometer 2011”

Die potentielle Kandidatenliste für die Präsidentschaftswahlen am 23. Oktober 2011 konkretisiert sich weiter. Zurzeit werden folgende Politiker als mögliche Kandidaten gehandelt: der ehemalige Präsident (2003 bis 2007), **Nestor Kirchner**, Chef der PJ, Partido Justicialista, Parteiflügel „Frente para la Victoria“, Abgeordneter im nationalen Parlament (2009-2013); **Julio Cobos** (UCR, Unión Cívica Radical), aktueller Vizepräsident und ehemaliger Gouverneur der Provinz Mendoza (2003-2007) - Cobos hält sich jedoch mit Äußerungen in Bezug auf eine Kandidatur noch zurück; **Mauricio Macri** (PRO, Propuesta Republicana), amtierender Oberbürgermeister von Buenos Aires - dieser bestätigte Ende September seine Bereitschaft für das Präsidentenamt; es wird über ein eventuelles Wahlbündnis mit dem Peronismo Federal (PF, konservativer Flügel der PJ) spekuliert; **Ricardo Alfonsín** (UCR), Abgeordneter für die Provinz Buenos Aires, Sohn des Ex-Präsidenten Raúl Alfonsín; seit Juni 2010 Vorsitzender der UCR in Buenos Aires; **Fernando 'Pino' Solanas**, Fraktionschef des Proyecto Sur, Abgeordneter im nationalen Parlament (2009-2013); **Elisa Carrió**, Fraktionschefin der „Coalición Cívica“, ehemalige Präsidentschaftskandidatin (2003 und 2007); **Eduardo Duhalde** (PF), ehemaliger Präsident (2002-2003) und Gouverneur der Provinz Buenos Aires (1991-1999) - dieser sieht die parteiinternen Vorwahlen als „Falle“ Kirchners und kündigte im Rahmen eines Interviews an, eventuell außerhalb der PJ in einem anderen parteipolitischen Rahmen für die Präsidentschaftswahlen anzutreten; **Felipe Solá**, Fraktionschef des Peronismo Federal, ehemaliger Gouverneur der Provinz Buenos Aires - er selbst lehnte das von Macri vorgeschlagene Bündnis mit der PRO-Partei ab; **Mario das Neves** (PF): Gouverneur der Provinz Chubut - dieser kündigte Ende Juli in Puerto Madryn offiziell seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl an und möchte Kirchner innerhalb des organisatorischen Rahmens der PJ herausfordern; **Alberto Rodríguez Saá** (PF), aktueller Gouverneur der Provinz San Luis, ehemaliger Präsidentschaftskandidat (2007); **Daniel Scioli** (PJ), aktueller Gouverneur für die Provinz Buenos Aires, ehemaliger Vizepräsident während der Präsidentschaft Néstor Kirchners.

Die aktuelle Umfrage des unabhängigen Meinungsforschungsinstitutes MBC-Mori sieht gute Chancen Néstor Kirchners für einen Wahlsieg im nächsten Jahr und sagt ihm 24 % der Stimmen zu. Auf dem zweiten Platz liegt der aktuelle Vizepräsident Cobos (UCR) mit 16 % der Stimmen, wobei sowohl Kirchner als auch Cobos sich einer zweiten Wahlkampfunde stellen müssten. Diesen folgt Macri (PRO) mit 11 %, gefolgt von Vertretern des PF.

Auf die Frage, welchen Kandidaten die Befragten auf keinen Fall wählen würden, sprachen sich 38 % gegen Néstor Kirchner aus, 21 % gegen Duhalde, 20 % gegen Carrió sowie 19 % gegen Macri. Cobos schneidet hierbei relativ positiv ab – für diesen würden lediglich 16 % der Befragten nicht votieren. Bezüglich des allgemeinen politischen Images in der Öffentlichkeit führt Alfonsín auf der Positivskala mit 44 %, gefolgt von Cobos, Präsidentin Cristina Fernández, Scioli und zuletzt Néstor Kirchner.

Die Aufstellung als Kandidat erfolgt nach Bestätigung in parteiinternen Vorwahlen, eine zweite Aufstellung in einer anderen Partei ist nicht möglich. Zudem gelten nun Hürden bezüglich der Größe und Bedeutung der Parteien auf nationaler Ebene. Das neue Wahlgesetz von 2009 strebt die Stärkung des Zweiparteiensystems anstelle der obwaltenden Zersplitterung an. Ob neben den Peronisten (PJ und PF), den Radikalen (UCR) und den Sozialisten (PS) auch die PRO-Partei die Dreiprozentklausel erreichen wird, bleibt weiterhin unklar. Problematisch bleibt zudem die weiter anhaltende Zersplitterung und Uneinigkeit der Opposition.

Medienkonflikte

Die konstanten Auseinandersetzungen zwischen der Clarín-Gruppe und der Regierung Kirchner haben einen neuen Höhepunkt erreicht. Im August entzog die Regierung dem Internetanbieter Fibertel (Clarín-Gruppe) die Lizenz, wodurch nun über eine Million Nutzer

einen neuen Anbieter suchen müssen. Die Begründung der Regierung ist fadenscheinig, angeblich sei die Lizenz nicht mehr gültig, da bei der Übernahme von Fibertel durch Cablevisión, einer Tochterfirma der Clarín-Gruppe, im Jahr 2003 um die Lizenz nicht neu angesucht wurde. Im September berief sich ein Gericht auf die Rechte der Fibertel Kunden und wirkte der Regierung per Richterspruch entgegen. Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner bezichtigte das Gericht daraufhin der "Express-Justiz" und ließ ihrem Zorn per Twitter freien Lauf. Eine endgültige Entscheidung ist noch ausstehend.

Der Angriff gegen die Clarín-Gruppe wird jedoch auf mehreren Fronten geführt. Ende August bezichtigte die Regierung die Aktionäre des größten Zeitungspapierlieferers "Papel Prensa", den Konzern unter illegalen Bedingungen in den 1970er-Jahren gekauft zu haben. Neben der Mediengruppe "Clarín" hält auch das Medienkonglomerat "La Nación" Anteile an der Papierfabrik. Der Staat selbst ist mit 28 % an dem Unternehmen beteiligt, welches 170 Zeitungen im ganzen Land beliefert und ganze 75 % des nationalen Papierbedarfs abdeckt. Die Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner erklärte in einer Pressekonferenz dass die damalige Besitzerin von "Papel Prensa", die Witwe von David Graiver, Lidia Papaleo, unter Folter der Militärdiktatur zum Verkauf der Firma gezwungen worden sei. Ebenso ließ sie verlautbaren, dass die Produktion von Zeitungspapier von "öffentlichem Interesse" sei und somit die Zuteilung von Ressourcen sowie die Vermarktung von der Regierung geregelt werden soll. Die Opposition verkündete bereits ein solches Projekt in keinster Weise unterstützen zu wollen. In Folge veröffentlichten diverse Familienmitglieder David Graivers, sowie Lidia Papaleo selbst Aussagen, die der Regierung widersprechen. Der Verkauf von "Papel Prensa" sei keineswegs unter Zwang, geschweige denn unter Folter zustande gekommen. Die von der Regierung angeordnete gerichtliche Zwangsverwaltung des Papierkonzerns wurde nun jedoch vom nationalen Appellationsgericht zurückgewiesen.

Zum Konflikt zwischen der Regierung und den regierungskritischen Mediengruppen gehört auch, dass die Präsidentin im Alleingang das umstrittene Mediengesetz zur Begrenzung von Monopolen per Dekret in Kraft setzte. Allerdings sind derzeit noch Gerichtsverfahren anhängig, die eigentlich einer Inkraftsetzung des Gesetzes entgegenstehen.

Auch im benachbarten Ausland erregte der Medienkonflikt Aufsehen. Der Präsident Uruguays José Mujica kritisierte indirekt die argentinische Regierung und ließ verlautbaren, "das beste Mediengesetz ist das welches nicht existiert!". Kritische Stimmen wurden auch in der nördlichen Hemisphäre laut; sowohl das amerikanische Wall Street Journal als auch der englische Economist schrieben besorgt über die jüngsten Ereignisse in Argentinien.

Oppositionserfolge: Neue Mehrheit im Richterrat und Anti-Kirchner ist neuer Gewerkschaftsboss

Die Opposition hat bei den im September ausgetragenen Wahlen zum Richterrat (Magistratur) die Mehrheit davongetragen. Der Jubel war groß als sich der von der UCR unterstützte Daniel Ostropolsky den 7. Sitz im Richterrat sichern konnte. Tage zuvor hatten die Anwälte der Hauptstadt bereits den Oppositionellen Alejandro Fargosi in den Richterrat gewählt, nun entschieden sich auch die Anwälte aus den Provinzen für einen anti-Kirchneristen. Somit verfügt die Opposition über sieben der dreizehn Sitze im Richterrat, welcher durch seine Aufgaben, wie die Wahl der Richter Kandidaten sowie die Einleitung von Amtsenthebungsverfahren, eine Schlüsselfunktion einnimmt. Die neuen Mitglieder des Richterrats sollen planmäßig am 17. November in ihre Ämter eingeführt werden.

Der Anti-Kirchnerist Pablo Micheli hat die Wahlen zum Vorsitzenden einer der größten Gewerkschaften Argentiniens, der CTA (Central de Trabajadores Argentinos), klar für sich entscheiden können. Mit einem Vorsprung von über 18.000 Stimmen (ca. 9%) gewann er gegen den regierungstreuen, bisherigen Vorsitzenden Hugo Yasky. Dies kann als Rückschlag für die Regierung Kirchner gewertet werden, da diese nun nicht mehr beide großen Gewerkschaftsbünde unter ihrem Einfluss hat. Es bleibt zu hoffen, dass die CTA einen gesunden Gegenpol zu der von Ultra-Kirchnerist Hugo Moyano geführten CGT (Confederación General del Trabajo) bilden wird.

Gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt

Am 14. Juli wurde im Senat ein Gesetz zur Eheschließung von Homosexuellen mit sofortiger Wirkung verabschiedet. Nach einer 14-stündigen Debatte wurde das Gesetz mit 33 Stimmen dafür, 27 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen bestätigt (9 Senatoren waren abwesend). Das bereits Mitte Mai in der Abgeordnetenversammlung auf den Weg gebrachte Gesetz hatte über die letzten Monate hinweg heftige Kontroversen im ganzen Land ausgelöst. Gegner und Befürworter lieferten sich hitzige Mediendebatten, ebenso gab es Demonstrationen von beiden Seiten.

Argentinien übernimmt somit eine regionale Vorreiterrolle, denn es ist das erste Land Lateinamerikas, welches die Gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt, sowie alle damit verbundenen Rechte und Pflichten, wie beispielsweise das Recht auf Adoption von Kindern oder die künstliche Befruchtung.

Außenpolitik

Spannungen in argentinisch-chilenischen Beziehungen

Die chilenische Regierung forderte seit 2004 von ihrem Nachbarland die Auslieferung des ehemaligen kommunistischen Guerilleros Galvarino Apablaza Guerra. Dieser steht in Chile unter Anklage, den Pinochet-Gefolgsmann und Senator Jaime Guzmán im Jahr 1991 ermordet zu haben. Zum Tatzeitpunkt herrschten in Chile bereits wieder demokratische Verhältnisse. Der Oberste Gerichtshof Argentiniens hatte bereits der Auslieferung Apablazas an die chilenische Justiz zugestimmt. Um eine Auslieferung abzuwenden, berief die argentinische Regierung eine Sondersitzung der Flüchtlingskommission ein, die Apablaza daraufhin politisches Asyl gewährte. Gegen das Urteil der Kommission kann keine Berufung eingelegt werden, Apablaza wird somit nicht an Chile ausgeliefert. Die eindeutig politisch motivierte Entscheidung stieß auf harte Kritik der argentinischen Opposition, der chilenische Staat ist zutiefst empört.

Erfolg bei MERCOSUR-Gipfel

Beim 39. Gipfeltreffen des südamerikanischen Wirtschaftsbündnisses Mercosur in San Juan, Argentinien, wurden bedeutende Fortschritte bei der Integration gemacht. Die Staats- und Regierungschefs der Mercosur-Mitgliedstaaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay haben sich nach sechsjährigen Verhandlungen auf einen gemeinsamen Außenzoll geeinigt. Bisher mussten innerhalb des Mercosur für den grenzüberschreitenden Transport von Waren aus Drittländern doppelt Zölle gezahlt werden. Die Importzölle des Mercosur sollen jeweils dem Empfängerland der Ware zugutekommen. Keine Einigung konnte jedoch bei den umstrittenen Ausfuhrzöllen erzielt werden, hier setzte sich Argentinien gegen die Wünsche Uruguays durch.

Bevor die neuen Richtlinien im Januar 2012 in Kraft treten, müssen sie noch von den Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Sollte dies der Fall sein, würde sich dieser Integrationserfolg voraussichtlich positiv auf die bisher erfolglosen Verhandlungen mit der Europäischen Union über eine Freihandelszone auswirken.

Argentinien übernimmt G-77 Vorsitz

Mit Beginn des kommenden Jahres wird Argentinien den Vorsitz der G-77 übernehmen. Dies entschieden die Mitglieder der Staatengruppe, welche im Rahmen der Vereinten Nationen agiert und 130 Länder Lateinamerikas, Afrikas, Asiens und der Karibik umfasst. Das Ziel der Organisation ist es, die Position der Entwicklungs- und Schwellenländer auf dem Weltmarkt zu verbessern. Der argentinische Außenminister Héctor Timerman nannte die Entscheidung, Argentinien den Vorsitz zu gewähren, den "wichtigsten außenpolitischen Erfolg des Jahres".

Wirtschaft und Handel

Hohe Subventionen

Das Wirtschaftsmodell der aktuellen argentinischen Regierung basiert zu einem großen Teil auf Subventionen, welche eine Umverteilung des Volkseinkommens herbeiführen sollen. Allerdings sind diese Subventionen derart gestiegen, dass sie laut der Meinung von Wirtschaftsexperten heute kaum mehr finanzierbar und nur begrenzt sinnvoll sind. Während im Jahr 2006 die Gesamtsumme der Subventionen \$ 6,49 Mrd. ausmachte, ist diese im laufenden Kalenderjahr auf knapp \$ 40 Mrd. angestiegen. Dies bedeutet, dass Subventionen ganze 10% der Ausgaben des Nationalstaates ausmachen. Im ersten Halbjahr 2010 wurden \$ 10,80 Mrd. für Strom und Gas, \$ 5,98 Mrd. für Personentransport, \$ 899 Mio. für landwirtschaftliche Nahrungsmittel, \$ 459 Mio. für Land- und Forstwirtschaft sowie \$ 61 Mio. für Industrie ausgegeben. Derart hohe Subventionen sind langfristig nicht tragbar. Um die Kosten voll zu decken müssten die Strompreise um 160%, die Gaspreise um 100%, die Busfahrten um 190%, sowie die Eisenbahnfahrten um 500% erhöht werden.

Weltmarkt begünstigt Getreide und Ölsaat

Die Preise für Getreide und Ölsaat sind sprunghaft angestiegen und lagen im August 2010 ganze 85% über dem Durchschnitt von 1997/2006. Der Sojakonsum hält an, dank des konstanten chinesischen Wachstums; die Preise liegen bei knapp US\$ 400 pro Tonne. Durch die lange Dürreperiode in Russland, Kasachstan und der Ukraine sowie die darauffolgenden Waldbrände war die Nachfrage nach Getreide, Mais und Weizen auf dem Weltmarkt besonders groß. Dank einer äußerst erfolgreichen Erntesaison, die auf besonders zuträgliche Wetterkonditionen zurückzuführen ist sowie auf den Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut, neuen Landwirtschaftsmaschinen sowie besseren Düngemitteln, konnte Argentinien von der derzeitigen Weltmarktlage profitieren. Fraglich bleibt jedoch, ob dies nächstes Jahr auch der Fall sein wird. Die von der Regierung bestimmten Exportquoten und Zölle sind hoch, nämlich bis zu 35%. Sollten diese nicht gesenkt werden, besteht die Gefahr, dass weniger produziert wird und die günstige Weltmarktlage nicht voll ausgeschöpft werden kann.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ

AUTOR: DR. MARIELLA FRANZ, PROJEKTLEITERIN; ANDREA WOLF, PROJEKTMITARBEITERIN

LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –

TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359

E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE

ERSTELLT AM: 6. OKTOBER 2010